

## Buchbesprechungen

**Auf die Wirkung kommt es an. Gespräche mit Heinz Kluncker, hrsg. von Hans-Otto Hemmer und Hartmut Simon, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2000, 215 S., 39,90 DM.**

Wer die Gegenwart verstehen und die Zukunft formen möchte, muss die Vergangenheit kennen. Das Buch, das hier vorgestellt wird, hilft bei einem solchen Vorhaben. Es antwortet einer der Väter der bundesdeutschen Gewerkschaften mit sichtlichem Vergnügen und großer Bereitwilligkeit auf Fragen zu seinem politischen Leben: Heinz Kluncker. Dargestellt an seinem persönlichen Werdegang, angereichert mit vielen Dokumenten und Fotos, kommt ein gut lesbares Buch über 75 Jahre deutscher, davon 50 Jahre bundesdeutscher, Geschichte heraus. Sehr schön sind die Beschreibungen des familiären Alltags des jungen Kluncker und später seines Aufenthaltes in einem amerikanischen Gefangenenlager; interessant viele Klunckersche Bewertungen von Mitstreitern und Gegnern sowie seine politischen Einschätzungen.

Der Weg der Bundesrepublik in die politische Kultur des Westens und der Weg von Gewerkschaften und Arbeiterschaft in die Mitte der Gesellschaft spiegeln sich im politischen Werdegang des Heinz Kluncker wider. Aus zwei Kraftquellen hat der Nimmermüde Energie getankt:

- Seine Herkunft aus einer gewerkschaftlich und sozialdemokratisch verankerten Arbeiterfamilie hat ihn zu einem Reformsozialisten geformt. Einsicht und Erfahrung, dass Stalinismus, der die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten denunzierte, und Nationalsozialismus, dessen vordergründige Verlockungen den jungen Kluncker nur kurzzeitig verführten, feindlichen Brüdern gleich mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes aufwiesen, prägten sein gesamtes Leben. Der Kampf gegen menschenverachtende Ideologien und ihre menschen-

vernichtende Politik ist bei Kluncker bis heute nicht erlahmt.

- Während der Landung der Alliierten in der Normandie im Juni 1944 desertierte der 19jährige Soldat. Man ahnt, welcher Mut in einem Menschen steckt, der ein solches Risiko eingeht. Kluncker kam in ein Gefangenenlager in den USA. Dort brachte er es zum Einkäufer für Lebensmittel, trug eine amerikanische Uniform, absolvierte Lehrgänge über Recht und Geschichte. Er lernte eine neue Welt kennen und ahnte wohl, dass der Sieg der USA auf einer historisch gefestigten Demokratie aufsaß. Diese Erkenntnis machte ihn nicht blind vor sozialen Mängeln, rassistischer Diskriminierung und imperialem Auftreten, bewahrte ihn aber vor einem in linken europäischen Kreisen häufig anzutreffenden Anti-Amerikanismus. Seine amerikanischen Erfahrungen prägten Klunckers politische Ansichten nachhaltig: So trat er 1998 vor dem Hintergrund jugoslawischer Kriege für „friedensschaffende und friedenserhaltende Maßnahmen der Streitkräfte“ ein, weil ihm immer gegenwärtig war und ist, dass die Amerikaner unser Land befreien und die Grundlage für ein besseres Deutschland legten.

Zurück in Deutschland (1946) und nach einem Studium an der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg, wo er Helmut Schmidt und Karl Schiller kennen und achten lernte, startete Kluncker eine steile Karriere in der ÖTV: 1952 fing er in der Tarifabteilung an, 1961 wurde er Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand, 1964 wurde er zum Vorsitzenden der ÖTV ge-

wählt und 1973 ins Amt des Präsidenten der Internationale des öffentlichen Dienstes (IÖD) berufen. Man ahnt, dass er dank seiner sozialen Herkunft, seiner Willensstärke, Risikobereitschaft und rhetorischen Fähigkeiten wie geschaffen für diese Ämter war. In der Öffentlichkeit heftig angefeindet, in der ÖTV hoch geschätzt, scheute Kluncker keinen Konflikt, wenn es um die Interessen seiner Mitglieder ging. 1974 führte er sogar einen Streik gegen die ihm politisch nahestehende sozial-liberale Bundesregierung. Dass er dadurch seinen politischen wie persönlichen Freund Willy Brandt zum Rücktritt als Bundeskanzler veranlasste, weist er bis heute als verleumderisches Gerücht aus den Schreibstuben ehrgeiziger Publizisten zurück.

Kluncker war und ist eine Persönlichkeit mit Haken und Ösen. Er war sicherlich auch ein Machtmensch mit - wie er selber sagt - „autoritären Führungspraktiken“. Seine beiden Interviewpartner hätten da mehr und unnachsichtiger nachfragen müssen. Es geht nicht darum, dem Gutmenschen Kluncker ein paar Schrammen zu verpassen. Interessant wäre es gewesen auszuloten, in welchem Verhältnis demokratische Führung als Quelle von Legitimität und „autoritäre Führungspraktiken“ als Mittel organisatorischer Geschlossenheit und Folgebereitschaft der Mitglieder stehen.

„Befragung der Vergangenheit geschieht immer im Namen der Probleme und der Wissbegier der Gegenwart“, lehrt uns der französische Historiker Fernand Braudel. In diese gute Tradition ist das Buch mit und über Heinz Kluncker einzuordnen.

*Otto Jacobi,  
Frankfurt/M.*

**Heiner Flassbeck/Anthony Giddens/Franziska Wiethold/Klaus Zwickel u.a., Ein dritter Weg in das dritte Jahrtausend, VSA-Verlag, Hamburg 2000, 160 S., 22,80 DM.**

Es ist schon ein bisschen merkwürdig: Die SPD konnte 1998 einen deutlichen Wahlsieg erringen, *ohne* die eigene programmatische Orientierung grundlegend überarbeitet zu haben. Und auch seit ihrem Regierungsantritt tut sie sich sehr schwer damit, in dieser Hinsicht etwas voranzubringen. Fast könnte es scheinen, als hätte

die SPD ihre programmatische Arbeit den Gewerkschaften überlassen, denn die diskutieren darüber sehr viel intensiver (siehe exemplarisch die Ausgaben 6/99, 7-8/99 und 1/2000 der GMH). Einen weiteren Beitrag in dieser Hinsicht leistete die Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall im Jahr 1999 mit ihrer Jahrestagung in Berlin. Sie hatte damals VertreterInnen aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik geladen, um kritisch über den „Dritten Weg“ und seine Zukunft zu debattieren. Nun ist der entsprechende Kongressband erschienen: Der Vortragscharakter der Beiträge blieb auch in der gedruckten Fassung erhalten und macht das Buch besonders kurzweilig und gut zu lesen.

Im ersten Teil des Buches wird in der Rubrik „Zwischen Neoliberalismus und traditioneller Sozialstaatspolitik“ von insgesamt drei Autoren die „Politik des Dritten Weges“ kritisch diskutiert. Zunächst stellt der britische Vordenker der Sozialdemokratie, Anthony Giddens, den „Dritten Weg als einigenden Strom sozialer, politischer und ökonomischer Reform“ vor. Er macht dabei klar, dass es nicht nur um die Frage geht, wie die alten Werte der Sozialdemokratie unter neuen Bedingungen funktionieren können, sondern er spricht ausdrücklich davon, dass die neue Linke aus den „alten linken Positionen ausbrechen“ muss, „statt bloß zu versuchen, die alten Zielsetzungen mit den neuen Bedingungen in Übereinstimmung zu bringen.“ So viel Offenheit in dieser Frage war bisher selten. Im Zentrum dieser neuen Linken steht für Giddens die kreative und offensive Gestaltung der Globalisierung, wovon die KritikerInnen des Dritten Weges Angst hätten. Zu dieser kreativen Gestaltung der Globalisierung scheint für Giddens auch die Idee zu zählen, die herkömmliche Rente völlig umzuwälzen: „Warum sollte man nicht sogar, ganz radikal denkend, die Alterseinkommen allesamt abschaffen?“ Tatsächlich betrachtet Giddens die Rente nicht als wohl verdienten Lebensabend, sondern als „Getto für ältere Menschen“, aus dem sie befreit werden sollen. Die Idee des lebenslangen Lernens wird offenbar von der Idee des lebenslangen Arbeitens ergänzt. Insgesamt geht es Giddens vor allem darum, dem Marktprinzip mehr Geltung in Zivilgesellschaft und Sozialstaat zu verhelfen. Er leugnet daher auch, insbesondere mit Blick auf die USA, dass gerade die Stärkung der Macht des Marktes in den vergangenen 20 Jahren die ökonomischen Ungleichheiten erhöht hat. Im Gegenteil: „In man-

cher Hinsicht sind die Leute in den letzten 20 Jahren in den Industrieländern eher gleicher als ungleicher geworden.“

Kritik an dieser Position übten Birgit Mahnkopf (FH für Wirtschaft Berlin) und Franziska Wiethold (Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen). Mahnkopfs zentrales Argument ist, dass es der Dritte Weg versäumt, in die „Verursachungszusammenhänge von Versorgungsdefiziten und sozialer Ungleichheit“ einzugreifen: Die Ursachen werden deshalb nicht thematisiert, weil dies zwangsläufig zu Konflikten mit bestimmten gesellschaftlichen Gruppen (z.B. Vermögenden) führen würde, die die Verantwortlichen scheuen. Stattdessen wird die Welt schön geredet: Globalisierung wird zur Chance umdefiniert, Individualisierung als selbst- statt fremdbestimmt gedeutet etc. Die Kritik von Wiethold lässt sich in zwei Thesen zuspitzen: Erstens stimmt die Analyse der alten Linken, aus der Giddens sein Konzept des Dritten Weges ableitet, nicht mit der Wirklichkeit überein. Auch die alte Linke sei eher auf zu wenig als zu viel Gleichheit aus gewesen (siehe unterschiedliche Entlohnung von Mann und Frau) und keinesfalls so antikapitalistisch wie unterstellt. Zweitens führt eine emphatische Überschätzung der heilsamen Wirkungen des Marktes bei ihm zu einer wirklichkeitsfremden Einschätzung der Chancen der Globalisierung: Für ihn seien weder die Konflikte zwischen Beschäftigten und Unternehmern ein Thema noch die Frage, wie denn abgesichert werden könne, dass aus prophezeiten Arbeitsplätzen auch tatsächlich Arbeitsplätze hervorgehen: „A. Giddens blendet dieses Hauptproblem systematisch aus, weil er auf die Eigendynamik des Marktes setzt.“ Und in der Tat fällt auf, dass Soziologen wie Anthony Giddens (oder auch Ulrich Beck) kaum auf empirisches Material zurückgreifen. Sie beschränken sich auf geisteswissenschaftliche Erörterungen, von denen gar nicht klar ist, inwiefern sie von den Fakten her tatsächlich mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Der große deutsche Soziologe Max Weber nannte so etwas „Sinnhuber“.

Im Abschnitt „Globalisierung: Modernisierung versus soziale Gerechtigkeit“ überrascht Siegmund Mosdorf (SPD, MdB, Parl. Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium) zunächst mit einer recht differenzierten Globalisierungsanalyse. Er sieht sie nicht als völlig neues Phänomen an, sondern als langfristige Entwicklungstendenz der neuen Welt. Trotzdem habe sie heute einen neu-

en Punkt erreicht, an dem die alten Gesetze nicht mehr gelten: „Wer glaubt, dass man durch höhere Löhne die Kaufkraft steigern kann, damit mehr Arbeitsplätze schafft, wer diese Version vertritt, sich also in diesem geschlossenen Zirkel bewegt, den wir noch aus alten Tagen kennen, der wird den eigentlichen Veränderungen der Weltwirtschaft nicht gerecht.“ Auch die Einführung einer Vermögenssteuer sei die „falsche Antwort auf den gegenwärtigen Aggregatzustand unserer Gesellschaft“. Seine Antwort auf die Globalisierung besteht vielmehr in der Errichtung einer Wissensgesellschaft, die internationales Kapital anlockt. Dazu müsse die Staatsquote auf 40 Prozent gesenkt werden: „Wir müssen in Zukunft nicht mehr auf kollektive Lösungen zurückgreifen und alles staatlich beantworten.“ Detlef Hensche (IG Medien) widerspricht dieser These ausdrücklich: „Nicht jedes private Risiko muss mit einem staatlichen Sozialfonds beantwortet werden, das war auch nie sozialdemokratische und gewerkschaftliche Position. Ich kenne auch keinen, der das fordert.“ Auch Hensche scheint daher die These zu vertreten, dass in der Debatte um die neue Sozialdemokratie oft Pappkameraden aufgebaut werden, um sich dann an ihnen abarbeiten zu können. Für ihn stehen in der aktuellen Situation zwei Grundfragen im Zentrum der Debatte: 1. Wie reagieren wir auf die Tatsache, dass die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stetig zurückgeht? Wollen wir uns weiter den „Luxus“ leisten, Arbeitszeitverkürzung in Form von Arbeitslosigkeit durchzuführen? 2. Bleibt die paritätische Finanzierung des Sozialstaats - insbesondere der Rentenversicherung - erhalten? Wie Mosdorf plädiert Hensche für die Einführung einer Grundsicherung, allerdings eine steuerfinanzierte, während Mosdorf für eine „beitragsfinanzierte Grundsicherung“ votiert.

Zum Thema „Moderne Verteilungspolitik“ diskutieren Leonhard Hajen (HWP Hamburg) und Heinrich Tiemann (Bundeskantleramt). Hajen stellt die These auf, dass die Grundwerte der Sozialdemokratie auch in Zukunft noch tragfähig sind. Auch hält er an der Einschätzung fest, dass es in den letzten Jahren - auch und vor allem in den USA - zu einer zunehmenden Ungleichheit gekommen und das Programm der Marktentfesselung endgültig gescheitert ist. Zur Absicherung der Produktivitätsreserve Sozialstaat plädiert er nicht für Leistungskürzungen, sondern für die Verbesserung der Einnahmeseite

durch die Universalisierung des Versicherungsprinzips: „Wie in anderen europäischen Ländern sollte in der Bundesrepublik eine Sozialversicherungspflicht für alle Erwerbstätigen eingeführt werden.“ Tiemanns Beitrag kommt über die allseits bekannten Thesen des „Dritten Weges“ leider nicht hinaus und bietet insofern nichts substanziiell Neues.

Zum Themenkomplex „Beschäftigung“ äußern sich Heiner Flassbeck (ehemals DIW und Staatssekretär unter Finanzminister Lafontaine) und Frieder Otto Wolf (ehemals Europaabgeordneter der Grünen). Flassbeck widerspricht ganz ausdrücklich der Einschätzung der Vertreter des Dritten Weges, dass öffentliche Konjunkturpolitik heute nicht mehr wirksam sein kann. Er weist empirisch nach, dass die Probleme Europas hausgemacht sind und etwas damit zu tun haben, dass der Binnenmarkt systematisch unterschätzt wird. Seine Botschaft: Vollbeschäftigung ist auch heute machbar - und zwar ohne Niedriglöhne -, wenn die Weichen richtig gestellt sind. Wolf fordert neben einer ökonomischen auch eine „gesellschaftliche Makropolitik“. Er meint damit die Einbettung von makroökonomischer Politik in einen Gesellschaftsumbau: Verringerung des Fossilienverbrauchs, Feminisierung der Arbeitsverhältnisse sowie eine erweiterte lokale Selbstorganisation.

Zum Thema „Nachhaltigkeit“ macht insbesondere Eckart Hildebrand den interessanten Vorschlag, „Arbeit“ in Zukunft aus vier Komponenten bestehend und damit als „Mischarbeit“ zu betrachten: Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Versorgungsarbeit und Gemeinschaftsarbeit. „Vollbeschäftigung“ würde fortan nicht mehr nur über die Erwerbsarbeit definiert, sondern als eine Mischung dieser vier Arbeitsformen betrachtet. Ein solcher Ansatz würde nicht nur die Arbeit international vergleichbar machen, sondern vielleicht auch die Debatte über Arbeitszwang von SozialhilfeempfängerInnen beenden können, steht bei jenen doch ausschließlich das Kriterium „Erwerbsarbeit“ zur Debatte. Unter welchen gesellschaftlichen Voraussetzungen allerdings ein solcher Ansatz verwirklicht werden könnte und wie wir zu ihnen kommen, bleibt von Hildebrand undiskutiert.

Last but not least wurde zur „Zukunft der Arbeit“ debattiert. Dort stehen Vorträge von Klaus Zwickel (IG Metall) und Franz Müntefering (MdB, SPD-Generalsekretär) im Vordergrund. Im Zentrum des Beitrags von Zwickel stehen die Verän-

derungen des Nachkriegskapitalismus und ihre Auswirkungen auf heutige gewerkschaftliche Politik. Er plädiert für die Errichtung einer „solidarischen Arbeitsgesellschaft“, zu der für ihn nicht zuletzt auch ein gerechter finanzieller Beitrag der Vermögenden zählt. In Richtung Bundesregierung macht Zwickel unmissverständlich klar: „Solange die Vermögens- und Einkommensverteilung weiter auseinander driftet, kann keine Rede davon sein, dass das rot-grüne Sparpaket gerecht und fair ausgestaltet ist.“ Auch weist er die Unterstellung vehement zurück, der bestehende Sozialstaat gewähre eine Art Vollkaskoschutz: „Jeder Versuch, den Sozialstaat zu schwächen, indem die positive Bedeutung von Risiken und Selbstverantwortung betont wird, kann nur von denen kommen, die den Sozialstaat nicht nötig haben... Wo haben denn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Vollkaskoschutz, gegen den Verlust des Arbeitsplatzes zum Beispiel? Wo haben denn Arbeitslose Vollkaskoschutz gegen Dauerarbeitslosigkeit? Wo haben denn kinderreiche Familien Vollkaskoschutz gegen Verarmung?“ Müntefering gesteht in seinem Beitrag ein, dass die SPD erst am Anfang der Debatte stehe und nicht mehr als „Trampelpfade“ erkennbar seien. Die alten Werte seien zwar stabil, aber man müsse neu über Eigenverantwortung nachdenken: Solidarität müsse als „Gegenstromverfahren“ begriffen werden. Im weiteren widmet er sich vor allem der Erläuterung und Begründung der Projekte der Bundesregierung.

Wer die Debatte um das Programm der neuen Sozialdemokratie verfolgt, muss also feststellen, dass da noch viel Arbeit zu leisten ist. Die neuen Sozialdemokraten selbst sind sich nicht einig, ob die alten Werte erhalten bleiben (Müntefering) oder grundsätzlich zur Disposition stehen (Giddens) sollen, ob wir es bereits mit einem einheitlichen Programm (Giddens) zu tun haben oder eher mit ersten Ansätzen und bloßen Trampelpfaden (Müntefering). Die Gewerkschaften haben - nicht zuletzt mit dem hier vorgestellten und äußerst lesenswerten Buch - ihren Beitrag zur Diskussion geleistet. Bleibt zu hoffen, dass in dieser Frage langsam auch die Sozialdemokratie selbst in die Puschen kommt.

*Mathias Brodkorb,  
Rostock*

**Bruno Kaltenborn, Von der Sozialhilfe zu einer zukunftsfähigen Grundsicherung, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1998, 203 S., 59 DM.**

Bereits 1995 hat Bruno Kaltenborn mit dem Band „Modelle der Grundsicherung“ einen weitbeachteten systematischen Vergleich der in Deutschland diskutierten Grundsicherungskonzepte vorgelegt. Die Notwendigkeit, weniger als drei Jahre später ein Update dieses Vergleichs nachzuliefern, zeigt wohl anschaulich wie aktuell die Debatte um eine zukunftsfähige und den Problemen der Zeit angemessene Sozialpolitik mittlerweile auch in Deutschland geworden ist. Eine ganze Reihe von deutschen Parteien und Verbänden hat in den vergangenen Jahren in Reaktion auf steigende Arbeitslosenzahlen, auf kaum mehr zu finanzierende Pensionssysteme und auf die allgemeine Schwächung des Sozialstaates im Zuge der voranschreitenden Globalisierung Vorschläge vorgelegt, um das bestehende soziale Netz der Bundesrepublik zu reformieren. Diese in ihren Intentionen, ihren Ausgestaltungen und ihren zu erwartenden Effekten sehr unterschiedlichen Vorschläge versucht Kaltenborns Arbeit zu systematisieren und einem Vergleich zugänglich zu machen. Sozusagen als Draufgabe fügt er dieser Systematik am Ende des Bandes dann ein eigenes Grundsicherungsmodell an, das versucht, unter Berücksichtigung der Defizite der behandelten Modelle eine Art Bilanz der besprochenen Vorschläge zu ziehen.

Kaltenborn, der selbst an der Ausarbeitung des Grundsicherungsmodells der deutschen Grünen maßgeblich beteiligt war, geht - wohl in Anbetracht der zurzeit recht hitzig geführten Diskussion um die deutsche Sozialpolitik - mit wissenschaftlich distanzierter Objektivität an seinen Gegenstand heran. Mithilfe eines Kataloges von Gestaltungsparametern schafft er zunächst einen formalen Rahmen, in dem er dann die einzelnen Modelle der Reihe nach gegeneinander stellt. Analysiert werden dabei neben dem aktuell in Deutschland zur Anwendung kommenden Grundsicherungssystem (in dieser Reihenfolge) die Vorschläge des deutschen Bundesministeriums für Gesundheit; des Deutschen Landkreistages; der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft; der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; der Partei „Bündnis 90/Die Grün-

en“; der Freien Demokratischen Partei; der Partei des Demokratischen Sozialismus; des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes; des Deutschen Caritasverbandes; der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen; der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; des Deutschen Gewerkschaftsbundes; der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr sowie der „Bürgergeld“-Konzeption des Deutschen „Negativ-Income-Tax“-Theoretikers Joachim Mitschke und der „Einstieggeld“-Konzeption von Jürgen Jerger und Alexander Spermann. Obwohl der akribisch beibehaltene und angesichts einiger erst kaum ausgearbeiteter Konzepte dann auch gelegentlich etwas redundant wirkende systematische Rahmen ein wenig auf Kosten der Lesbarkeit des Bandes geht, lässt er die zum Teil recht erheblichen Unterschiede der verschiedenen Vorschläge sehr deutlich zu Tage treten. Als Leitunterscheidung destilliert sich insgesamt in etwa die Frage heraus, ob die vorgeschlagenen Modelle eher traditionell auf Schaffung oder Umverteilung von Arbeitsplätzen abzielen oder auf eine grundlegende und wohl zukunftsträchtigere Trennung von Einkommen und Arbeit.

Wohl kaum überraschend zeigen sich unter den von den politischen Parteien oder Verbänden vorgeschlagenen Modellen die der gegenwärtigen deutschen Regierungsparteien, also der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Partei der Bündnisgrünen am elaboriertesten. Sowohl was die grundlegende Intention einer Grundsicherung, den Umfang des in sie einbezogenen Personenkreises und die Dynamisierung sowie Finanzierung der Grundsicherungsmodelle angeht, scheinen SPD und Grüne die bei weiten konkretesten Vorschläge unter den behandelten Modellen vorzulegen. Freilich weichen aber auch sie in bestimmten Punkten deutlich von einander ab. In Kaltenborns systematischem Vergleich fällt zum Beispiel deutlich ins Auge, dass das Grundsicherungsmodell der SPD die Verfügbarkeit der Arbeitslosen für den Arbeitsmarkt verlangt, während im Konzept der Grünen explizit keine „Sanktionierung mangelnder Selbsthilfe“, also kein Entzug der Grundsicherung etwa bei Arbeitsverweigerung vorgesehen ist. Auch was die Finanzierung der Grundsicherung angeht, plädieren die Grünen explizit für eine Reform der Erbschafts- und Vermögenssteuer, während die SPD ihr Modell mit einem umfassenden Maßnahmenpaket flan-

kiert, das die Finanzierungsfrage ein wenig konturlos bleiben lässt. Interessant erscheint auch, dass in manchen der vorgeschlagenen Modelle unter Experten recht unterschiedliche Vorstellungen der Kosten eines Grundsicherungssystems zu herrschen scheinen. Die Schätzungen für das Grünen-Modell variieren zum Beispiel zwischen 10 und 24,4 Milliarden D-Mark Gesamtkosten.

Deutlich kommt in Kaltenborns Darstellung auch eine Reihe von wohl kaum intendierten „draw backs“ der einzelnen Vorschläge zum Vorschein. So würde es etwa das Modell der SPD ermöglichen, dass zumindest in größeren Familien das Nettoeinkommen bei Teilzeitbeschäftigung infolge der Grundsicherung höher liegt als bei einer Vollzeitbeschäftigung. Nach dem Modell der Grünen würde eine Trennung der Eltern, wenn das Kind oder die Kinder beim allein erwerbstätigen Elternteil verbleiben, beim Verdienner zu einer Erhöhung seines Nettoeinkommens führen, von dem er ja nunmehr weniger Personen erhalten muss. Und auch nach dem Vorschlag der PDS würde es Ehepaaren unter bestimmten Umständen nicht gelingen, durch eine Vollzeitbeschäftigung ihr Einkommen zu erhöhen. In einem eigenen Abschnitt, der eine Kurzbewertung und eine Auflistung der Pros und Kontras der einzelnen Vorschläge liefert, bilanziert Kaltenborn die Modelle bezüglich ihrer „draw backs“ dann abschließend noch einmal, bevor er sein alternatives Grundsicherungsmodell vorführt, das einerseits die geeigneten Elemente der vorliegenden Modelle kombiniert und sie andererseits durch eine Reihe von neuen Gestaltungsoptionen ergänzt, die solch unerwünschten „draw backs“ vermeiden sollen.

Flankiert wird der Band durch eine einleitende Kurzübersicht über historisch vorgebrachte Explikationen und Rechtfertigungen einer Grundsicherung schlechthin, die man sich auch etwas ausführlicher vorstellen könnte, und einen Anhang, der in einer Reihe von Tabellen verschiedene Parameter (Regelsätze zur Sozialhilfe, Wohnkostenermittlung, Steuer-Transfers etc.) des gegenwärtig in der Bundesrepublik wirksamen Grundsicherungssystems sowie einiger vorgeschlagener Konzeptionen auflistet. Insgesamt vermittelt Kaltenborns Buch einen schnellen und effizienten Überblick über die in Deutschland zurzeit diskutierten Grundsicherungsmodelle und unterstützt damit, wie intendiert, die Möglich-

keit, die Gesellschaft selbst und nicht nur Fachleute aus Politik und Wissenschaft über ein Grundsicherungssystem und seine Ausgestaltung bestimmen zu lassen. Allenfalls bei der Lesbarkeit entstehen vielleicht aus der strengen akademischen Systematik und einer insgesamt eher knapp gehaltenen Darstellungsart leichte Abstriche.

*Manfred Füllsack,*  
Wien

**Wolfgang Kraushaar, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburger Edition, Hamburg 2000, 370 S., 48 DM.**

**Wolfgang Kraushaar, Linke Geisterfahrer - Denkanstöße für eine anti-totalitäre Linke, Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M. 2001, 284 S., 36 DM.**

Wolfgang Kraushaar, Mitarbeiter am renommierten Hamburger Institut für Sozialforschung, hat sich bereits durch grundlegende Arbeiten zur Geschichte und Theorie der Studentenbewegung<sup>1</sup> und zu den Protestbewegungen im geteilten Nachkriegsdeutschland<sup>2</sup> insgesamt einen Namen gemacht. Mit seinen beiden neuen Veröffentlichungen zieht er eine vorsichtige Zwischenbilanz seiner Forschungen und mischt sich mit entschiedenen Kommentaren zum Erbe der 68er in die politische Auseinandersetzung ein. Kraushaar - ehemals Mitglied im SDS-Frankfurt und Mitte der siebziger Jahre AstA-Vorsitzender der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität - weiß um die nicht selten bis zur Feindschaft eskalierenden gegensätzlichen Rollen des Zeitzeugen und des Historikers. Er sucht sie nicht mit Gewalt zur Deckung zu bringen. Im Zweifel muss in seinen Arbeiten der Zeitzeuge gegenüber dem Historiker und Politikwissenschaftler zurückstehen. Der Gegenstand, dessen Darstellung und Kritik sich Kraushaar zur Lebensaufgabe gemacht hat, ist schon lange Zeit vielfältigen Mythologisierung, aber auch der Dämonisierung unterworfen. Um das Jahr 1968 und vor allem um die

1 W. Kraushaar, Frankfurter Schule und Studentenbewegung - Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995, 3 Bde, Hamburg 1998.

2 W. Kraushaar, Die Protest-Chronik 1949 - 1959, 4 Bde, Hamburg 1996.

politische, soziale und kulturelle Bedeutung der damit zusammenhängenden Ereignisse findet auch nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ein regelrechter „Kulturkampf“<sup>3</sup> statt. Kraushaar erweist sich als Chronist, Kommentator und Kritiker von hohem Rang.

Die internationalen Ereignisse von 1968 sind - und dies wird manchen Leser möglicherweise erstaunen - in der wissenschaftlichen Forschung nur schlecht bearbeitet. Zwar ist im Nachkriegsdeutschland ihre Entstehung als Protest gegen die Regierung der Großen Koalition unverkennbar. Die Jahre 1967 bis 1969 lassen sich als eine Periode der Um- und Neugründung der Bundesrepublik deuten. Die Interpretation der Bewegung der „68er“ allein in einem politischen oder nationalen Kontext führt jedoch in die Irre. Außerdem entziehen sich bisher die Ereignisse aus einem weiteren Grund einer schlüssigen Interpretation: Die Bewegungen im Gefolge der Ermordung Martin Luther Kings, der Niederschlagung des „Prager Frühlings“, des „Pariser Mai“ und - um ein letztes in der nicht enden wollenden Kette wesentlicher Ereignisse dieses Jahres zu nennen - der Schüsse auf Rudi Dutschke haben die verschiedensten westlichen - teilweise auch östlichen - Gesellschaften danach in umfassender Weise beeinflusst und prägen sie bis heute - sie sind in gewisser Weise noch nicht zum Abschluss gekommen. Allerdings lassen sich, wie der Autor in einem Literaturüberblick zeigt, acht gemeinsame Merkmale der 68er Ereignisse im internationalen Kontext benennen. Besonders hervorstechend ist der Kontingenzcharakter (1) der Ereignisse, die Disparität (2) der beteiligten politischen Akteure, die Transnationalität (3) und Globalität (4) des Geschehens. Außerdem sind die Ereignisse ohne ihre Verbreitung in den Massenmedien (5) nicht denkbar und sind die postmateriellen Zielsetzungen (6) ihrer Akteure unübersehbar. Deshalb greifen Interpreten inzwischen fast überall zu Recht zu kulturellen Deutungen (7) des Phänomens. Eine Ende der Suche nach Deutungsmustern ist noch nicht absehbar. Trotz ihres deutlichen Bezugs zur Postmoderne (8) stellt auch diese Interpretation nur eine Variante innerhalb eines ganzen Konzerts von Deutungen dar.

Eher vorsichtig und ohne Anspruch auf umfassende und endgültige Deutung führt Kraushaar deshalb in seinem Band „1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur“ vor allem in einzelne Ereignisse und Zusammenhänge des Jahres 1968 in der Bundesrepublik ein. Minutiös und im Detail rekonstruiert er die „transatlantische Protestkultur“, den „langen Marsch durch die Institutionen“, die bislang nur unvollständig beschreibbare Unterwanderung der Studentenbewegung durch SED und Stasi, Entstehung und Untergang der RAF und viele andere Zusammenhänge. Die analytische Stärke seiner Konzentration auf die Details und die vorsichtige Interpretation der Ereignisse lassen sich insbesondere an der Auseinandersetzung mit Rudi Dutschkes politischen Zielsetzungen erkennen. Kraushaar hat bereits 1992 in einem Aufsehen erregenden Aufsatz („Rudi Dutschke und die Wiedervereinigung“) Dutschkes Beschäftigung mit der nationalen Frage beschrieben. Ganz gegen den Strich der bislang verfügbaren Biographien des Studentenführers konnte er die intensive Beschäftigung Dutschkes mit dem Thema nachweisen. Dutschke kritisierte bereits in den siebziger Jahren die Blindheit der sozialliberalen Entspannungspolitik gegenüber den Krisenerscheinungen der Diktaturen sowjetischen Typs in der DDR und Osteuropa. Kraushaar betont dieses Verdienst Dutschkes ausdrücklich. Er zeigt jedoch auch dessen gefährliche Dimension: Dutschke habe sich in dieser Auseinandersetzung „nicht mit Problemen belastet, deren ungebrochene Aktualität wir heute mit der Affinität des Nationalen im Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass und dergleichen mehr erleben.“ Diese Blindheit sei umso erstaunlicher, als sich durchaus prominente Beispiele einer „Dutschke-Rezeption von rechts, unter nationalrevolutionären Vorzeichen“ anführen ließen. Der Aufsatz ist in einer überarbeiteten Form in den Band aufgenommen, denn er hat sich als überraschend aktuell erwiesen. Ehemalige Weggefährten Dutschkes - wie z.B. Horst Mahler und Bernd Rabehl - suchten erst kürzlich die nationalrevolutionären Elemente Dutschkeschen Denkens für die Begründung einer aktuellen nationalistischen, antiwestlichen und fremdenfeindlichen Politik heranzuziehen. Als einer der Ersten hat Wolfgang Kraushaar auf diesen „Neonationalismus ehemaliger 68er“ hingewiesen und vor ihm gewarnt und damit wesentlich zur politischen Isolierung der Hasardeure beigetragen. Seine Analyse von 1992 spielte in der ein-

<sup>3</sup> So eine Formulierung von Gunter Hofmann, Kulturkampf gegen die Kulturrevolutionäre, in: Die Zeit, 1.1.93, S. 3.

setzenden Kritik an Mahler und Rabehl eine wesentliche Rolle.<sup>4</sup>

Besonders aktuell -und deshalb von Kraushaar in einem eigenen Band „Geisterfahrer - Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke“ versammelt - ist Kraushaars Auseinandersetzung mit dem totalitären Denk- und Politik-Erbe der deutschen Studentenbewegung. Ihre Blindheit - ganz im Gegensatz zu ihrem Wortführer Dutschke - gegenüber den totalitären Elementen nicht nur des Realsozialismus sondern auch der linken Denktradition selbst bis hin zu den nachnationalsozialistischen Erben der „Kritischen Theorie“ umkreist Kraushaar in der zweiten Aufsatzsammlung. Im Unterschied zur Entwicklung z.B. in Frankreich, wo die Veröffentlichung von Alexander Solschenizyns „Archipel Gulag“ bereits in der Mitte der siebziger Jahre unterschiedlichste Anstrengungen, die politischen und intellektuellen Traditionen der Linken zu überprüfen, hervorgebracht hat, ist dieser Prozess in der Bundesrepublik erst mit dem Ende der DDR und der anderen osteuropäischen Diktaturen eingetreten. Bereits 1992 hat Kraushaar unter dem Titel „Sich aufs Eis wagen“ ein Plädoyer für eine neue Beschäftigung mit den Totalitarismustheorien publiziert. 1994 hatte er sich gar in einen Disput mit Jürgen Habermas begeben. Die Aufsätze werden hier erneut publiziert. Im Zentrum von Kraushaars Überlegungen - und dies ist eine wesentliche Differenz zu der inzwischen fast schon in Mode gekommenen Literatur zu Geschichte und Theorie totalitärer Systeme - steht jedoch der Zusammenhang zwischen Antifaschismus und Totalitarismus. Ausgerechnet die deutsche Studentenbewegung, die das Schweigen der Adenauer-Ära über die Verbrechen des Nationalsozialismus mit beenden half, beförderte in den Sozialwissenschaften die Faschismustheorien, trug zu einem Paradigmenwechsel weg von den bis dahin dominierenden Totalitarismustheorien bei und versperrte - so Kraushaar - sich damit intellektuell den Zugang sowohl zu den Besonderheiten des Nationalsozialismus wie auch zu den totalitären Elementen der osteuropäischen Diktaturen. Wie bereits in der Aufsatzsammlung „1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur“ werden auch diese Überlegungen immer auf den historischen und politischen Kontext zurückbezogen. Kraushaar ist die eifernde Propaganda

eines Spätbekehrten fremd. Entschieden reklamiert der Autor in beiden Aufsatzsammlungen das demokratische Erbe der Studentenbewegung in Deutschland, unverschlüsselt macht er gleichzeitig ihre antidemokratischen Gehalte sichtbar. Mitten im „Kulturkampf um ´68“<sup>5</sup> lese ich sie - nicht in einem autobiographischen, sondern in einem politischen Sinne - als Selbstkritik zum Zwecke demokratischer Läuterung. Beide Bücher sind deshalb sehr empfehlenswert.

*Martin Jander,  
Berlin*

**Thomas Rübke, Kunst und Arbeit: Künstler zwischen Autonomie und sozialer Unsicherheit, hrsg. vom Kulturforum der Sozialdemokratie und der Philip-Morris-Kunstförderung, Klartext Verlag, Essen 2000, 245 S., 29,80 DM.**

An dem seit den achtziger Jahren geführten Diskurs zur Zukunft der Arbeit und der Arbeitsgesellschaft hat sich der Kulturbereich anfangs intensiv beteiligt. So beispielsweise innerhalb der von Hermann Glaser 1988 initiierten und vor allem im Deutschen Städtetag geführten Debatte über den Wandel der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft. Während sich durch die weitgehende Deindustrialisierung Ostdeutschlands und die damit abrupt anschwellende Arbeitslosigkeit die Dringlichkeit des Themas für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften noch erhöhte, beschäftigte sich der Kulturbereich erst einmal längere Zeit damit, die tradierten westdeutschen Kulturstrukturen auf Ostdeutschland zu übertragen.

Das Buch von Thomas Rübke markiert den Wiedereinstieg des Kulturbereiches in die Grundsatzdebatte zu den Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, der durch weitere Projekte fortgesetzt werden wird<sup>6</sup>.

4 Die Hans-Böckler-Stiftung z.B. entließ ihren langjährigen Vertrauensdozenten Rabehl.

5 Hofmann, Kulturkampf.

6 So startete im Oktober 1999 das vom BMBF geförderte gemeinsame Projekt des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V., Bonn und des Instituts Bildung und Kultur e. V., Remscheid zum Thema „Kultur und Arbeit - Kulturelle Bildung als Gestaltungspotential in der sich wandelnden Arbeitsgesellschaft“ mit einer Laufzeit von drei Jahren.



In dem vorliegenden Buch wird der Frage nachgegangen, ob die Arbeitswirklichkeiten der (bildenden) Künstler Modellcharakter für den Wandel der Arbeitsgesellschaft aufweisen und wie die Künstler selbst mit ihren ästhetischen Produktionen auf diesen Wandlungsprozess eingehen und ihn beurteilen. Indem Thomas Röbbke auf Ergebnisse der Debatte über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft aus den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zurückgreift und seine Analyse auf das Verhältniss von bildender Kunst und Arbeit konzentriert, gelingt es ihm, eine recht tiefe Sonde zu legen und überraschende Zusammenhänge deutlich zu machen. Entscheidend für die Aufdeckung seiner interessanten Befunde war, wie der Autor in der Einleitung betont, eine konsequente Loslösung von tradierten Kunst- und Künstlervorstellungen und den mit ihnen verbundenen, immer noch wirksamen Künstlermythen. Gegen die vor ca. zweihundert Jahren eingeleitete Trennung der Kunst von den anderen Feldern gesellschaftlicher Praxis haben zwar immer wieder Künstler zu verschiedenen Zeiten theoretisch und programmatisch opponiert. Doch die Verklärung der Kunst als „Ort der Autonomie“ und der „machtgeschützten Innerlichkeit“, den sie u.a. mit ihrem Ausschluss aus den produktiven Bereichen der Gesellschaft bezahlen musste, war von zu vielen Künstlern und ihren Bewunderern verinnerlicht. Heute sind die „unmittelbaren wirtschaftlichen Berührungspunkte von Kunst, Kultur und Arbeit“ (S. 29) kaum noch zu übersehen und: sie sind zu einem wesentlichen Teil durch die Kunstentwicklung selbst herbeigeführt worden.

Das wird im ersten Teil des Buches, der mit dem Titel „Arbeit und Kunst“ überschrieben ist, gezeigt. Hier benennt der Autor die Ursachen und die Folgen der gegenwärtigen Krise der Arbeit und entwickelt, u.a. direkt an Hermann Glaser anknüpfend, seine These vom Übergang der Arbeits- zu einer Tätigkeitsgesellschaft. Während in der Arbeitsgesellschaft die gesellschaftliche Stellung der Individuen und die Höhe des Bruttosozialprodukts (fast) ausschließlich über die Erwerbsarbeit definiert werden, führt in der Tätigkeitsgesellschaft die Berücksichtigung der „Ökonomie des ganzen Hauses“ zu einer nicht nur ideellen Anerkennung der Tatsache, dass auch andere Tätigkeitsformen (außerhalb der Erwerbsarbeit) sozial bedeutsam sind und zum gesellschaftlichen Reichtum beitragen.

Mit der Betrachtung der Entwicklungen im Kulturbereich der letzten zwanzig Jahre zeigt Thomas Röbbke auf, dass sich beispielsweise die direkten wirtschaftlichen Effekte von Kunst und Kultur immer stärker ausweiten. Gleichzeitig wertet er die Gestaltung der konkreten Arbeitsverhältnisse in so manchen Kultureinrichtungen, in ihrer Mischung aus Erwerbsarbeit, Unternehmertum, Ehrenamtlicher Arbeit, Selbstarbeit usw. sowohl als Ausdruck der Krise der Arbeitsgesellschaft als auch als Beispiele für die kreative Suche nach autonomen Gestaltungsmöglichkeiten von Arbeits- und Lebensverhältnissen, die in die Richtung einer Tätigkeitsgesellschaft weisen. Nicht zu übersehen ist also, dass „durch die Veränderungen im Verhältnis von Arbeit und Freizeit ... die Bedeutung von Kunst und Kultur grundsätzlich neu bestimmt (wird)“. (S. 72). Da die Entwicklung heute jedoch noch nicht entschieden ist oder gar durch das zersplitterte Sozialversicherungssystem behindert wird, beinhalten diese Prozesse sowohl Chancen als auch Risiken. Die breite gesellschaftliche und individuelle Anerkennung der sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung anderer Tätigkeiten setzt also einen Mentalitäts- und Wertewandel voraus, der nur dann gelingen kann, wenn jenseits der (Erwerbs-)Arbeitsgesellschaft ein neuer Sinnhorizont aufscheint. Die Antizipation solcher Sinnhorizonte gehört traditionell zu den Aufgabenfeldern von Kunst und Kultur.

Jedoch, auch die konkreten Arbeitssituationen von (bildenden) Künstlern sind ambivalent zu bewerten. Deren Betrachtung wendet sich der Autor im zweiten Teil des Buches („Kunst als Arbeit“) mit der Frage zu, ob sich aus ihnen Rückschlüsse auf die Gestaltung der Arbeitswelten von morgen ableiten lassen. Thomas Röbbke belegt mit Sozial- und Wirtschaftsdaten sowie mit der Wiedergabe von Passagen aus vierzig biographischen Interviews und Gesprächen mit Künstlern und Experten der bildenden Kunst, dass die schon seit langer Zeit prekären Lebenslagen von Künstlern sich weiter verschlechtern. In dieser Hinsicht sieht der Autor die Künstler deshalb als negative „Vor-Bilder“ für die zukünftigen Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten. Interessant sind in diesem Zusammenhang seine Darlegungen, die aufzeigen, dass diese problematische Entwicklungen zu einem guten Teil durch die Kunstprozesse und damit die Künstler selbst „provoziert“ werden. So hat etwa die schrittweise Suspendierung des Werkbegriffes

zur Herausbildung von Kunstformen geführt, die zuerst das traditionelle Gefüge der Kunstinstitutionen (Museen, Galerien, Kunsthallen) in Frage gestellt haben. Dadurch verstärkt vom Kunstmarkt abhängig geworden, entwickeln heute viele, vor allem junge Künstler, Kunstformen, die sich nur schwer oder gar nicht vermarkten lassen. Dieses Phänomen, so der Autor des Buches, ist nur zu erklären, wenn man neben der Lebenslage auch die Lebensführung von Menschen oder Gruppen betrachtet. Sein, von Anthony Giddens abgeleiteter, theoretischer Untersuchungsrahmen beinhaltet, dass sich auf der Grundlage der Lebenslagen die Formen der Lebensführung entfalten. Die Lebensführung muss die jeweilige Lebenslage zwar immer berücksichtigen, sie ist aber nicht als eine bloße Reaktion darauf zu verstehen, sondern mit dem Anspruch auf freie Gestaltbarkeit versehen. Insofern handelt es sich bei der Lebensführung der Individuen nicht nur um eine Entscheidung aus vorgefundenen Alternativen, „sondern um eine Steigerung der Autonomie des Handelns, also um die Fähigkeit, neue Optionen zu entwickeln und die eigenen Freiheitsräume zu erweitern.“ (S. 76) Fragen der Lebensführung gewinnen damit heute für uns alle an Bedeutung, da sich die tradierten Lebenslagen der Arbeitsgesellschaft immer mehr verflüchtigen.

Mit dieser Unterscheidung gelingt dem Autor auch eine konsequent historische Betrachtung des Begriffes „künstlerische Autonomie“, dessen tradierten Bedeutungsschichten heute noch immer virulent sind und damit den Blick auf seine aktuellen Inhalte versperren. Trotz ihrer oft prekären Lebenslagen erkennen vor allem junge Künstler auch in ihrer heutigen Lebenslage ein Reservoir an Chancen für die autonome Ausgestaltung ihrer Lebensführung. So nehmen sie etwa mit der Entwicklung eher kommunikativer denn werkbezogener Kunstformen in steter Reflexivität Bezug auf ihr Umfeld, entwickeln kleinteilige Strategien und pragmatische Handlungsweisen. Oder sie lösen mit einer gleichberechtigten Vielfalt von künstlerischen Gestaltungsweisen tendenziell den Warencharakter von Kunst auf und versuchen die einengende Dominanz des Kunstmarktes zu sprengen. „Die konkrete Bestimmung von Autonomie muss also auf die Lebensführung von Künstlern bezogen werden. ... Autonomie in diesem Sinne meint ... die konkrete Arbeit am Prozess der Autonomisierung.“ (S. 160) In diesem Sinne können Künst-

ler als „Vor-Bilder“ für die Bewältigung der Anforderungen, die mit dem Wandel der Arbeitsgesellschaft verbunden sind, gelten. Weit entfernt von jeglicher Idyllisierung zeigen die Künstlerportraits, dass es vielen von ihnen immer wieder gelingt, auch unter schwierigsten Lebensbedingungen, Formen der Selbstbehauptung und der Selbstverwirklichung zu entwickeln und ihre Lebensführung - darauf bezogen - autonom zu gestalten. Thomas Röbbke gelingt es darüber hinaus zu zeigen, dass manche Künstler diese Kompetenz zur autonomen Lebensführung u.a. auch dadurch gewinnen, dass sie die eigenen und andere Arbeitsprozesse selbst zum Thema ihres Schaffens machen. Ohne künstlerische oder betriebliche Produktionsprozesse bildlich darzustellen, sondern in Form von Projekten, Aktionen, anschaulich gemachten Selbstreflexionen usw. entwickeln sie Lösungsansätze, die nicht nur auf die künstlerische Arbeit bezogen sind. Auch in diesem Sinne wirken die (bildenden) Künstler als „Vor-Bilder“ für die „Arbeits“gesellschaft von morgen. Und dennoch sollte man nicht vergessen, dass Künstler ihren oft von prekären Bedingungen geprägten und dennoch weitgehend selbstbestimmten Lebensweg bewusst gewählt haben, um ihr ureigenstes Projekt, ihre Vorstellungen von Kunst (und Leben) zu realisieren. Das trifft für die „unselbständigen“ Angestellten in den Unternehmen, Institutionen, Verwaltungen usw. so nicht zu. Und dennoch sollen sie zunehmend selbständiger das „Projekt“ ihres Arbeitgebers vorantreiben und - obwohl sie von der „fremden“ Arbeitsaufgabe und den dafür zur Verfügung gestellten Arbeitsplatz abhängig bleiben - zum Unternehmer ihrer Arbeitskraft werden. Eine einfache Übertragung der Arbeitswirklichkeiten von Künstlern auf die anderen Felder gesellschaftlicher Produktion kann und wird es nicht geben. Entscheidend wird es sein, auch in diesen Bereichen Voraussetzungen, Strukturen zu schaffen, auf deren Grundlage die Arbeitnehmer in die Lage versetzt werden, eine autonomere Lebensführung zu entwickeln. Anregungen dafür bietet die Lebenspraxis von Künstlern allemal.

So unternimmt auch Thomas Röbbke am Schluss des Buches eine kritische Betrachtung der kulturpolitischen Förderinstrumente für Künstler. Sein Fazit, dass diese Förderinstrumente noch weitgehend an historischen Vorstellungen von Kunst und Künstlern orientiert sind, wird den Kenner der Szene kaum überraschen. Aber der Autor

kann auch auf erste Beispiele von Förderungen verweisen, die den sich ebenfalls rapide wandelnden Arbeitsbedingungen und Arbeitsweisen von Künstlern Rechnung zu tragen suchen, und er unterbreitet interessante Vorschläge, in welche Richtung solche Ansätze auszubauen sind. Sie alle zielen nicht darauf, Almosen für die darbenden Künstler auszureichen, sondern wenig-

tens einige der Faktoren, die bestimmend für die Lebenslage sind, so zu gestalten, dass sie die dennoch unübersehbaren Risiken einer autonomen Gestaltung der Lebensführung in einer sich dramatisch wandelnden Arbeitsgesellschaft minimieren.

*Thomas Strittmatter,  
Berlin*